

Einnahmen weggekürzt

Auf Einnahmen verzichten, obwohl die öffentlichen Haushalte hoch verschuldet sind? Man glaubt es kaum, aber genau das passiert in Europa. Die blindwütige Kürzungspolitik macht vor nichts halt. Nicht einmal vor Steuerbehörden, obwohl Steuerfahnder und Betriebsprüferinnen ein Mehrfaches dessen einbringen, was sie an Gehältern bekommen.

Der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst, EGÖD, hat herausgefunden, dass in fast allen Ländern Europas die Steuerbehörden ausgedünnt werden. Ausnahmen sind nur Luxemburg, Spanien, Zypern und Polen. 17 Prozent weniger Personal zwischen 2007 und 2011 in Lettland und Litauen,

in Irland 13 Prozent, Portugal minus zwölf, Griechenland minus sechs Prozent. Auch in Deutschland kürzen sich die Behörden weiter die Einnahmen weg, obwohl bereits rund 11.000 Beschäftigte fehlen – gemessen an den offiziellen Personalbedarfszahlen der Arbeitgeber.

Von laxer Steuerprüfung profitieren nur diejenigen, die Einnahmen vor dem Fiskus verstecken können. Das gilt nicht für Beschäftigte: Beim Lohn wird die Steuer direkt vom Arbeitgeber abgezogen. Personalkürzung bei den Steuerbehörden ist nichts anderes als Reichtumspflege. Wer ernst machen will mit der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung, darf beim Personal nicht sparen!



Einnahmequellen weggekürzt

Beschäftigungsabbau bei Steuerbehörden zwischen 2007 und 2011, in Prozent

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

